

fdr+Forderungen zum Drogentotengedenktag am 21.07.2023

Der 44. fdr+sucht+kongress am 22./23. Mai in Weimar befasste sich mit dem Thema „**Einmal Stigma – immer Stigma?**“ Entstigmatisierung als Haltung und Aufgabe in Suchtprävention, Suchthilfe und Suchtselbsthilfe.

Auch 6 Jahre nach der Veröffentlichung des Memorandums mit dem Titel „Das Stigma von Suchterkrankungen verstehen und überwinden“ unter der Leitung von Prof. Dr. Georg Schomerus gilt noch immer: Je schwerer eine Person von Sucht betroffen ist, desto mehr Hilfe benötigt sie, aber desto mehr wird sie auch ausgegrenzt. Nur 13 % der Betroffenen suchen im 1. Jahr Hilfe, zum Teil weil sie sich selbst stigmatisieren (Stichwort: „internalisierte Stigmatisierung“), zum Teil weil sie strukturelle Stigmatisierung befürchten, z.B. auf dem Wohnungs- oder Arbeitsmarkt.

Ausgrenzung kann Leben fordern!

Deshalb fordern wir vom fdr+, dass

- **Prävention und Aufklärungskampagnen** schon im Kindesalter beginnen und die Eltern konsequent mit einbeziehen. Ziel muss Entwicklung von Gesundheitskompetenz und Stärkenorientierung sein.
- **niedrigschwellige und aufsuchende Hilfeangebote** deutlich ausgebaut werden mit dem Ziel, Hilfebedürftige früher im Hilfesystem an zu binden.
- **Drogenkonsumräume und Drugchecking-Angebote** flächendeckend in der Bundesrepublik Deutschland umgesetzt werden, nicht nur in wenigen Bundesländern.
- endlich **Werbeverbote** für alle suchterzeugenden Substanzen sowie Glücksspiele, und hier insbesondere für Sportwettenwerbung, eingeführt werden.
- **Aufklärungsarbeit und Forschung** im Bereich „Entstigmatisierung von Sprache“ finanziert werden. Hier ist eine deutliche Sensibilisierung notwendig.

Vor dem Hintergrund, dass aktuell das **Gesetz zur Cannabisregulierung** zur Verabschiedung ansteht, ist es darüber hinaus skandalös, dass die Mittel für Prävention gekürzt werden sollen, anstatt sie deutlich zu erhöhen. Eine gute Cannabisregulierung kann nur gelingen, wenn gleichzeitig Aufklärungsarbeit stattfindet und niedrigschwellige Angebote für Menschen bereitstehen, die Fragen und Unsicherheiten im Zusammenhang mit den geplanten Maßnahmen haben.

Wir fordern die Bundesregierung auf, von den Kürzungen um rund 4 Mio. Euro in 2024 im Bereich der „Aufklärungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Drogen- und Suchtmittelmissbrauchs“ abzusehen und diese Mittel statt dessen mindestens um 10 Mio zu erhöhen.

Berlin, 20.07.2023

Gez. Eva Egarter, Geschäftsführerin